

Die Autonomie

Abonnementspreis pro Quartal:
Für England 1s. 8d.
„ Deutschland 1.60 M.
„ Oesterreich 1 Fl.
„ Frankreich, Belgien und die Schweiz 2 Fr.

Anarchistisch-communistisches Organ.

Erscheint wöchentlich.

Abonnements und Briefe
sind in Ermanglung von Vertrauensadressen zu richten an:
R. GUNDERSEN,
98, WARDOUR STREET, SOHO, LONDON, W.

No. 155. VI. Jahrg.

London, den 10. Oktober 1891.

Preis per No. 1d.

An die deutschen Dichter und Sänger.

Ist es das neue deutsche Reich,
Von dem der Dichter singt?
Und dem zu Ehre süß und weich
Des Sängers Laute klingt?

O, Schmach und Schande, Barde, Dir!
Der Du, für Goldeswerth,
Der Lyra Diadem und Zier
Die Tugend hast entehrt.

Für Freiheit und Gerechtigkeit
Greif in die Saiten kühn,
Und lass die Klänge weit und breit
Wie Feuers Funken sprüh'n.

Dann bist ein wahrer Sänger Du
Und singst aus voller Brust,
Und jubelnd jauchzt das Volk Dir zu
Und lauscht dem dem Lied mit Lust.

Als jüngst ich in der Kneipe sass
Bei einem Gläschen Bier,
Da klimperte — ich mach' nicht Spass —
Ein Mann auf dem Klavier.

Er klimperte und sang dazu
Ein Lied vom deutschen Reich,
Doch horchte ich nicht lange zu,
Nahm meinen Abschied gleich.

Wie Hohn und Spott dringt es in's Ohr,
Das Lied vom deutschen Reich!
Fürwahr, solch feilem Sängers-Chor.
Gebührt nur unser Reich.

Chas. Diether.

Die Irrlehren und Irrwege der Sozialdemokratie in Deutschland.

Eine zeitliche Warnung an die arbeitende Klasse.
(Schluss.)

Alle in diesem Jahrhundert seit Beginn der Agrar-Gesetzgebung und des Zollvereines bis zur Gründung des Reiches eingeführten Reformen — die Revolution von 1848 nicht ausgenommen — haben nur einer Klasse Nutzen gebracht, nämlich derjenigen, welche schon alle Macht und Reichthümer besaßen. Im ausschließlichen Interesse der höheren Klasse hatte man die Form des Eigenthums verändert, die der Gewerbefreiheit im Wege stehenden Hindernisse beseitigt, die Konstitution zu wiederholten Malen revidirt, die inländischen Zölle aufgehoben und das Gebiet des Staates erweitert.

Und heute noch sind alle Organe des Staates — das Parlament, die Regierung, die Gerichte, die Steuereinnehmer etc. — zum Nutzen der besitzenden Klasse thätig; das Wenige, was man in Bezug auf die soziale Gesetzgebung versucht hatte, wie die obligatorischen Arbeiter-Versicherungsgesetze, hatte nur den einen Zweck: Die Herrschaft der besitzenden Klasse über das Proletariat zu befestigen, wie ehemals die Armengesetze in England; und wenn man die Arbeitszeit in den verschiedenen Industriezweigen, sowie die respective Höhe des Lohnes durch Gesetze regeln wollte, so wäre der Zweck vollständig erreicht: Der Arbeiter würde wieder der Sklave sein, der er in den vergangenen Jahrhunderten gewesen.

Um über die gesetzlichen „Reformen“, welche man uns verspricht, zu urtheilen, brauchen wir nur die Wirkung derjenigen zu betrachten, welche man uns schon gewährt hat. In den Gesetzen von 1811, 1816 und 1850 wurde Sorge getragen, dem Adel, da man ihm die industrielle Laufbahn eröffnet hatte, auch die nöthigen Mittel dazu zu liefern. Der Drittheil oder die Hälfte des Bodens, auf welchen die Bauern unbestreitbare Anrechte hatten, die Gesamtheit des Bodens, welcher nicht in dem Kataster eingetragen oder

dessen Bebauer gestorben, fiel den Feudalherren anheim. Die Bauern, welche sich von ihren Renten und Leistungen befreien wollten, mussten den Betrag 25fach bezahlen. Der Adel empfing 1,533,050 Morgen Land, 18,544,766 Thaler Kapitalien, 1,599,992 Thaler jährliche Rente und an Naturprodukten 249,436 Scheffel Roggen, 10,633 Scheffel Hafer, Weizen und Gerste. Das Resultat der Gesetze von 1811 und 1816 war die Beseitigung der Rechte der Zeitpächter, während die Frohndienste, zu welchem die Erbpächter verpflichtet waren, aufrecht erhalten blieben. Das Gesetz von 1850 hatte noch 26 Feudalrechte abzuschaffen. Die Abschaffung der Zehnten nützte nur den Grossgrundbesitzern, welche Getreidehandel trieben, während die Bauern die zur Erhaltung der Kirche nöthigen Steuern bezahlten. In Breslau empfingen die Eigenthümer deshalb ein Geschenk von 36,000 Gulden. Der Ankauf der Renten durch den Staat gab Anlass zur Hypothekenschuld und zu den Spekulationen mit den Staatsschuldscheinen.

Es ist interessant, den Ausgangspunkt der Agrar Gesetzgebung kennen zu lernen, welcher folgendermaassen in dem Erlass von 1811 lautete: Lasset dem Bauer genügend zum Leben und um seine Steuern zu bezahlen, während man das Uebrige dem Herrn zuertheilt.

Späterhin kauften die Eigenthümer den Boden, welchen die Bauern erworben hatten, wieder an. Hier einige diesbezügliche Zahlen:

In der Provinz Posen wurden in den Jahren 1823—1880 nicht weniger als 8816 Bauerngüter vernichtet, oder 18,34 Prozent des landwirthschaftlichen Eigenthums, das übrige Land betrug 162,000 Morgen weniger als im Jahre 1823. In Schlesien gingen in den Jahren 1859—1880 ebenfalls 4921 Bauerngüter mit einer Gesamtfläche von 196,000 Hektaren für die „spannfähigen“ Bauern verloren.

In 16 Bezirken Brandenburgs haben die Bauerngüter von 5—70 Morgen in den Jahren 1851—1881 um 1023 abgenommen. In dem Grossherzogthum Sachsen-Weimar hat das Eigenthum der Bauern seit 1864 um 13 Prozent abgenommen. In Pommern haben die Eigenthümer in den Jahren 1811—1823 12,000 Bauerngüter gekauft; sie besaßen in den letztgenannten Jahren zwei Drittel des Bodens.

Endlich wurden noch die Lehen, Dank einer speziellen Gesetzgebung, in Fideikommissgüter umgewandelt. Die Zahl der Fideikomnisse hat in letzter Zeit in Folge dieser Gesetzgebung in Preussen erheblich zugenommen. Von der ertragsfähigen Fläche sind 23 Prozent dem freien Verkehr entzogen und befinden sich in der einen oder anderen Weise in festem Besitz. Von 547 Fideikommissen bestanden nur 153 vor diesem Jahrhundert; 72 wurden zwischen den Jahren 1800—1850, 40 zwischen 1850—1860, 63 zwischen 1861—1870, 84 zwischen 1871—1880 und 135 zwischen 1881—1888 gegründet. Für Fideikommissbildung war eine Stempelgebühr von 3 Prozent des gewöhnlichen Werthes erforderlich (Lucius von Bullhausen, Bismarck u. A. entzogen sich der Zahlung), für die Umwandlung der Lehen war eine Ermässigung der Steuer auf 1 Prozent eingetreten.

Das Gegenstück zu der Agrar-Gesetzgebung war die Gewerbefreiheit, die Auflösung des Zünfte und die Abschaffung der mit Besitz von unbeweglichen Gütern verbundenen industriellen Privilegien, dessen Werth für Baiern auf 40 bis 100 Millionen Gulden geschätzt wurde. Man hat mit Gewerbefreiheit angefangen, um mit dem Schutzzollsystem und der Herrschaft der Kartellen zu enden. — Dies ist noch eine von den Sozialdemokraten vernachlässigte Thatsache.

Die Kartelle, welche durch das Schutzzollsystem, durch den Grossgrundbesitz, selbst durch die Arbeitsgesetzgebung (das Gesetz der obligatorischen Arbeiterversicherung hat die Arbeitgeber vereinigt) begünstigt werden, haben in letzter Zeit einen bedeutenden Aufschwung genommen. Es giebt solche in allen Industriezweigen.

Die Zahl der bekannten Kartelle belief sich im Jahre 1887 auf 70 und stieg im Jahre 1890 auf 119. Ihre Zwecke bestehen darin, die Produktion zu regeln, den Preis festzustellen und sich des Marktes zu bemächtigen. Eine ganze Sammlung von Bestimmungen, Strafen und Garantien wurde infolgedessen erfunden. Die Kartelle theilen sich nach den Landesgebieten; es giebt deren solche, die sich über mehrere Provinzen, über das ganze Reich aus-

dehnen, und einige reichen ihre Hände den fremden Monopolisten über die Grenzen. Der Staat begünstigt dieselben, er ist selbst als Grossindustrieller mit ihnen verbunden; die Gerichtshöfe haben deren Gesetzmässigkeit und Gültigkeit erklärt. Ihre Folgen geben sich durch Erhöhung der Waarenpreise und Erniedrigung der Löhne kund. Letzten Winter haben sich die Kohlenbergwerkbesitzer geeinigt, den schon sehr hohen Preis der Kohlen noch zu erhöhen; sie erfanden Vorwände, um die Sendungen an die inländischen Käufer zu verschieben, während sie in derselben Zeit Kohlen zu niedrigen Preisen exportirten. Man schritt zu einer Untersuchung! Im Monat April 1890 verpflichtete die Fabrikantenverbindung ihre Mitglieder, alle Arbeiter, welche sich am 1. Mai von der Arbeit entfernten, für 6 Wochen auszusperrn, und sie nur unter der Bedingung einer Lohnerniedrigung wieder anzunehmen.

An diesem Punkte ist unter dem heutigen ökonomischen und politischen Regime die ökonomische Macht der besitzenden Klasse angelangt. Es verhält sich nicht anders mit ihrer politischen Macht. Alles was man hierin gethan hatte war nur ein Namenswechsel: die nach dem Jahre 1848 veröffentlichten Verfassungs- und Wahlgesetze haben einfach an Stelle des Rittergutsbesitzes den Grossgrundbesitz in die gesetzgebenden und administrativen Körperschaften eingesetzt. Der dem Eigenthum in der politischen Vertretung anerkannte Antheil wurde noch durch das Stimmrecht im Verhältniss zur Höhe der zu zahlenden Abgaben vermehrt. Die zum Erbgut gehörende Gerichtsbarkeit wurde abgeschafft, aber die Grossgrundbesitzer üben als Mitglieder der Administration eine weitgehende Kontrolle über die Gemeindeangelegenheiten aus; die Landräthe gehören ihrer Klasse an, und alle wichtigen Institutionen — wie Schule, Kirche und öffentliche Wohlthätigkeit — hängen von ihnen ab. In den Handelsstädten sind es die Handelsaristokratie und Bourgeoisie, welche unter den scheinbar liberalsten und demokratischsten Formen eine absolute Macht ausüben.

Der Zentral-Regierung gegenüber ist der Einfluss der Grossgrundbesitzer und Kapitalisten unwiderstehlich. In keinem andern Lande vertreten die politischen Parteien so direkt und unzweideutig die Interessen der herrschenden Klassen, wie in Deutschland; in keinem andern Lande haben sie so deutlich auf die Stirne geschrieben, was sie sind und was sie wollen. In Deutschland besteht keine professionelle Klasse von Politikern wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika; aber Gutsbesitzer, Grossindustrielle, Geistlichkeit, Beamte etc. haben sich als politische Parteien organisirt, die sich gegenüber stehen, die aber dem Volke gegenüber vereinigt sind. Die Kunst und das Geheimniss der Regierung besteht in der unter Diskretion stattfindenden Vertheilung von Begünstigungen an die Einen und die Andern, um so der Reihenfolge nach die Begierden der Grundbesitzer und der Industriellen, der Katholiken und der Protestanten zu befriedigen.

Was kann man von einer solchen Organisation verlangen? Wie können sie die Interessen der Arbeiter jemals befördern?

Es ist unnöthig, Vertreter nach dem Reichstag zu senden. Derselbe besitzt keine wirkliche Macht gegenüber der Regierung. Er kann nicht einmal die Zahlung der Abgaben verhindern; man hat es sehr wohl in den vier Jahren, welche dem Jahre 1866 vorangingen, konstatiert. Der Reichstag, sagt John Lemoine, sieht einem gewissen Spielzeug sehr ähnlich, das man den Kindern giebt: es brummt, aber es dreht sich.

Ueberzeugen wir uns von dieser grossen Wahrheit. Bei allen Regierungsformen wohnt die Macht nicht in den gesetzgebenden Körperschaften; dies sind nur Paraden, Komödienspiele. Die Macht ist in der vollziehenden Gewalt, in dem Ministerium, in dem Beamtenthum, in der besitzenden Klasse, welche ihre Emissäre und Werkzeuge in allen öffentlichen Administrationen hat.

Ebenso unnöthig ist es noch einmal „Freiheiten“ zu verlangen. Die Konstitution und die Gesetze haben deren mehrere proklamirt; die Polizei und die Gerichtshöfe übernahmen es, das Volk daran zu verhindern, dieselben in einer Weise benützen zu können, welche seinen Herren missfällig wäre. Die verlangte direkte Regierung ist in der Theorie schon im Lande in Geltung. Es giebt Gegenden wo der Landversammlung alle Einwohner beiwohnen, Aber diese Leute sind arm und haben nichts zu verwalten. Um sie herum und über sie verfügen die Besitzenden und die Beamten über Alles: die bewaffnete Macht, die Gerichte, die Einführung von Steuern, die Schulen, Kirchen, die öffentliche Wohlthätigkeit etc.; den „freien“ Bürgern ist nur die materielle Arbeit der Verwaltung überlassen.

Man müsste mit der Abschaffung des Eigenthums besonders des grossen Besitzthums beginnen.

Man müsste ferner das Beamtenthum abschaffen, welches in Deutschland eine unmittelbar von der Regierung abhängige disziplinierte Klasse bildet, und nur den Instruktionen des Ministers Gehorsam leistet. Wenn man aber in das System von gewählten und unentgeltlichen Angestellten verfallen würde, wem anders könnten alle die öffentlichen Aemter zufallen, als der reichen und müssigen Bourgeoisie?

Man müsste ebenfalls noch die so kostspieligen und unnützen Parlamente der verschiedenen Staaten, die verschiedenen kleinen

Regierungen und Höfe, den Reichstag und seinen ganzen Apparat, der nicht funktionirt aber viel verzehrt, abschaffen.

Marx hat in der That vorausgesehen, dass der Staat eines Tages untergehen müsse, aber er hat die Abschaffung auf den Morgen, welcher der Abschaffung des Kapitalismus folgt, verschoben, gerade wie die Pfaffen das Paradies nach dem Tode verschoben; er hat nicht eingesehen, dass man den Staat abschaffen muss, wenn man wirklich den Kapitalismus beseitigen will.

Man sieht aus dem Vorhergegangenen, wie richtig und begründet die Verschiedenheiten zwischen den Sozialdemokraten und Anarchisten sind.

Die Sozialdemokraten haben dem Kapitalismus und dem Arbeitsvertrage alle andern Fragen untergeordnet. Wir legen dem Handelssysteme, der Regierung und der Familie etc. eine gleiche Wichtigkeit bei. Diese Einrichtungen müssen zugleich mit dem Kapitalismus bekämpft werden, ein besonders grosser Feind ist das Regierungssystem, denn es ist nicht nur die Stütze des Kapitalismus, sondern auch eine direkte Ursache des Elendes der Arbeiter. In Folge dessen kennen wir keine besonderen Klassenfragen. Wir verlangen von allen Menschen, sei es in einem moralischen oder materiellen Interesse, an dem Umsturz der jetzigen Gesellschaft mitzuhelfen. Indem wir die Ausbeutung von Seite der Regierung bekämpfen, bekämpfen wir dieselbe nicht nur in der Gegenwart, sondern für immer. Wir sind Gegner jeder Diktatur, jedes neuen Staates, oder jeder neuen Macht, da wir überzeugt sind, dass dieser Staat oder diese Macht nur durch Unterdrückung und Ausbeutung der Masse bestehen kann. Der „Zukunfts-Staat“ würde um so despotischer sein, da er über alle Arbeitsinstrumente verfügen könnte, und eine unzählige Armee von Beamten zur Ausführung seiner Anordnungen haben müsste.

Wir glauben ebenfalls nicht an die Möglichkeit, in der zukünftigen Gesellschaft jedem Arbeiter den genauen Ertrag seiner Arbeit geben zu können. Selbst wenn es möglich wäre, den genauen Antheil eines jeden Arbeiters bei einer Kollektivproduktion zu bestimmen und die verschiedenen Arbeiten abzuschätzen, so wäre es doch nicht gerecht, die Konsumtion des Individuums abzumessen, so dass jeder Einzelne nur im Verhältniss zu seiner Arbeit geniessen könne, und zu einem Menschen, welcher hungrig ist, aber nicht gearbeitet hat, zu sagen: Du bekommst nichts zu essen, und umgekehrt zu einem Menschen, welcher gearbeitet hat, aber nicht hungrig ist, : Du musst trotzdem essen.

Wir glauben, dass in der zukünftigen Gesellschaft die erste Beschäftigung der Arbeiter die Beschaffung der nothwendigsten Lebensmittel sein wird, um sich volle Unabhängigkeit zu sichern; was die übrigen Angelegenheiten, wie den Gebrauch von Arbeitswerkzeugen, die Arbeitseintheilung, die Konsumtionsweise und alle andern Bedürfnisse eines gemeinsamen Zusammenlebens anbetrifft, so werden dieselben durch gegenseitiges Uebereinkommen, freie Vereinbarungen, welche in jeder Gruppe und zwischen den Gruppen stattfinden, geregelt werden.

Wir sind entschiedene Gegner der Arbeitergesetzgebung, nicht weil wir das Loos des Arbeiters nicht verbessert sehen möchten, wenn dies möglich, sondern weil wir es für unmöglich halten, dass unter dem jetzigen Regime eine allgemeine Verbesserung der Lage der Arbeitermassen durch Gesetze erreicht werden kann; und was die Verbesserungen anbetrifft, welche eine Minorität der Arbeiterklasse auf Kosten der Gesamtheit erlangen kann, so sehen wir darin nur eine Ursache zur Zwietracht und eine Verzögerung der Emanzipation der Menschheit.

Eine der Folgen der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit wäre die jährliche Zunahme der Arbeitslosigkeit; und wir sehen nicht, dass man schon einen ernstlichen Vorschlag gemacht, oder dass man einen solchen machen könnte, um jedem Arbeiter selbst nur eine Arbeiterexistenz, die mehr und mehr ungewiss wird, zu sichern.

Wir sind Gegner des Parlamentarismus und der Wahlen, nicht allein weil wir nichts von den Parlamenten und den Regierungen erwarten, sondern auch weil wir in der Betheiligung an den Wahlen die Keime der Uneinigkeit und der Korruption, und die Vorbereitung einer zukünftigen Regierung oder Diktatur erblicken.

Die Anhäufung der Reichthümer auf der einen, und das Elend auf der andern Seite der Gesellschaft tritt nicht mit der von Marx angegebenen Schnelligkeit ein, und die Revolution scheint in Folge dessen nicht aus dem Kontrast dieser zwei Extreme entspringen zu müssen; viel eher noch könnte dieselbe aus dem Kontrast zwischen dem Gesellschaftssysteme und dem Bewusstsein und den Bestrebungen der Volksmasse entstehen. Wir anerkennen die moralische Frage als fundamental von der die ökonomische Frage abhängig ist.

Wir glauben nicht an eine geschichtliche Fatalität; der Mensch ist eine der Naturkräfte und eine handelnde Person in der Geschichte, und folglich ist er bis zu einer gewissen Grenze Herr seiner eigenen Bestimmungen.

Es genügt nicht, den Menschen zu sagen, dieses oder jenes Ereigniss müsse eintreffen, die Wissenschaft verlange es so, es gehöre zur Evolution. Eine solche Lehre könnte höchstens den Widerstand abstumpfen, aber niemals Handlungen hervorrufen,

sie würde unsere Kräfte schwächen, aber niemals Enthusiasmus erwecken, sie würde uns „Philosophen“ geben, aber die Masse indifferent lassen.

Deshalb bekämpfen wir die Lehren, welche Marx der deutschen Sozialdemokratie vermachte, und welche diese den sogenannten Sozialisten- und Arbeiterparteien der ganzen Welt einimpfte.

Es ist Zeit, diesen Lehren zu entsagen.— Es ist Zeit, uns von gewissen Dogmen, welche man uns gelehrt, zu befreien, und in uns gerechte und gründliche Ueberzeugungen zu entwickeln.

Die deutschen Sozialdemokraten sollten die Avantgarde der Bewegung zur Reform des Sozialismus sein, nicht nur weil die Sozialdemokratie in Deutschland geboren wurde, und sich von da über die ganze Welt verbreitete; sondern hauptsächlich weil Deutschland berufen ist, eine grosse Rolle in der Geschichte der Gegenwart zu spielen. Deutschland, welches den Feudalismus noch zu zerstören hat, welches noch einen ungeheueren Zentralismus zerstückeln muss, Deutschland, mit seinem Hand- und Kopfarbeit vollbringenden Proletariate, welches in sich selbst genügend Elemente besitzt, nicht nur die Bourgeoisgesellschaft zu zerstören, sondern auch eine wahre, freie, sozialistische oder anarchistische Gesellschaft zu gründen, ist das Land, wo die soziale Revolution am tiefgehendsten, am mächtigsten und am vollständigsten sein wird.

Wir zweifeln nicht im Geringsten, dass das deutsche Proletariat auf der Höhe seiner Bestimmung sein wird.

Wahrnehmungen bei der Verhandlung gegen Wagenknecht und Genossen.

Berlin, 27. September 1891.

Um halb neun Uhr waren schon viele Genossen vor dem Gerichtgebäude erschienen, trotz der Veröffentlichung in den Zeitungen, dass die Verhandlung bei verschlossenen Thüren stattfinden werde; aber auch viele Spitzel waren erschienen, auch der Ober-spitzel Mauderode war da, der natürlich auch Zuhörer der Verhandlung war.

Zuerst wurden die Auswärtigen hineingeführt, dann nach einer Pause brachte man unsern lieben Freund Behr, zu dem sich Alle herandrängten und ihn begrüßten, und zuletzt kam Wagenknecht. Der Spitzel, der seinerzeit denselben verhaftete, postirte sich vor ihm auf, und wie ihn unser Freund im Vorbeigehen sah, spuckte er ihm ins Gesicht mit den Worten: Du verfluchter Schuft! Die Genossen postirten sich alle vor den Zuhörerraum; Jeder wollte hinein, doch nicht die Hälfte hatte Zutritt.

Wagenknecht und Behr sassen zusammen und erzählten sich etwas, lachten und begrüßten uns; dann musterten sie die Justizstrolche, welche ja auch sehr zahlreich vertreten waren. Nun wurde in die Verhandlung eingetreten und die Anklageakte verlesen, worauf die Angeklagten einzeln befragt wurden, ob sie sich der Anklage schuldig fühlen. Zuerst wurde Wagenknecht gefragt; derselbe stund auf, schlug mit der Faust auf den Tisch und schrie: Sie haben wohl „Autonomien“ bei mir gefunden, aber schuldig fühle ich mich nicht.

Da stellte der Staatsanwalt den Antrag auf Ausschluss der Oeffentlichkeit der Verhandlung; der Vertheidiger stellte einen Gegenantrag. Behr und Wagenknecht waren mit dem Vertheidiger einverstanden. Die andern Angeklagten wurden gefragt, ob sie sich mit dem Antrag des Staatsanwalts einverstanden erklären (doch kam es mir vor, als wenn die Angeklagten es falsch verstanden hätten) und stimmten dem Antrage des Staatsanwaltes bei, und so mussten wir hinausgehen.

Um zwei Uhr wurde Pause gemacht und der Vertheidiger bat um die Erlaubnis, dass die Angeklagten von den Zeugen bekostigt würden, was der Präsident mit den Worten zurückwies: Dazu könnte er keine Vollmacht erteilen, das wäre Sache des Direktors des Untersuchungsgefängnisses. Darauf bat der Zeuge Reinhold, ob er den Angeklagten die Birnen, die er mitgebracht habe, geben könnte, was ihm auch verboten wurde. Die Angeklagten wurden dann zurück nach dem Untersuchungsgefängnis geführt, wo sie die Gefängniskost erhielten.

In seiner Rede führte der Staatsanwalt Folgendes an: Die „Autonomie“ wäre das Organ eines Clubs, welcher nur aus arbeitsscheuem Gesindel und Aufrührern besteht, die die von Gott eingesetzten Regierungen stürzen wollen; denn alle Anarchisten sind Tagediebe. Dagegen verwarnte sich der Vertheidiger. Behr und Wagenknecht, sagte er, haben sich zur Anarchie bekennt; aber seine Klienten seien keine Tagediebe und arbeitsscheues Gesindel, worauf der Lump von Staatsanwalt Ritzel sagte, er meine nicht die Angeklagten, sondern die in London, von denen Schütz und Wübbeler die Leiter des Blattes wären.

Die Schöffen kamen von der Berathung wieder zurück und traten noch einmal in die Verhandlung ein, nämlich wollten sie wissen, ob die „Autonomie“ verboten sei oder nicht. Der Polizeikommissarius, der ganz genau wusste, dass das Blatt nicht verboten ist, sagte er, er wüsste es nicht, und doch hat er früher zu

Reinhold gesagt, er könnte die „Autonomie“ ruhig lesen, die wäre nicht verboten.

Bei der Urtheilverkündung zitterte der Präsident wie Espenlaub, er hatte Angst, es könnte ihm von den Zuschauern etwas an den Kopf fliegen. Und nun möchte ich dem Lumpen von Staatsanwalt Ritzel, der die Anarchisten als arbeitsscheues Gesindel hinstellt, die Worte des Dichters Heine zurufen: „Von den sieben Jahren, die ich auf deutschen Universitäten zubrachte, vergeudete ich drei schöne blühende Lebensjahre durch das Studium der römischen Kasuistik, der Jurisprudenz, dieser illiberalsten Wissenschaft. Welch' ein fürchterliches Buch ist der Corpus Juris, Bibel des Egoismus! Wie die Römer selbst, blieb mir immer ihr Rechtskodex verhasst. Die Räuber wollten ihren Raub sicher stellen, was sie mit dem Schwerte erbeutet hatten, suchten sie durch Gesetze zu schützen; deshalb war der Räuber zu gleicher Zeit Soldat und Advokat, und es entstand eine Mischung der widerwärtigsten Art. Wahrhaftig jenen römischen Dieben verdanken wir die Theorie des Eigenthums, und die Ausbildung dieser Lehre in ihren schnödesten Konsequenzen ist jenes gepriesene römische Recht, das allen unsern Legislationen, ja allen modernen Staatsinstitutionen zu Grunde liegt, obgleich es im grellsten Widerspruch mit der Religion, der Moral, dem Menschengefühl und der Vernunft steht.“ So, Ihr Justizstrolche, so sagt ein Mann, der kein Anarchist war. Genug, Ihr Schurken, die Saat hat ihre Früchte zeitig, und die Schnitter sind da, dieselben einzuheimsen.

K. B.

* * *

Anm. d. Red. Zu diesem Prozess wäre noch zu bemerken, dass weder in der soz.-dem. Presse noch in der bürgerlichen, eine Stimme laut wurde, um das Vorgehen der Justizstrolche zu brandmarken. Man hält es für ganz selbstverständlich, dass ein Anarchistenprozess hinter verschlossenen Thüren verhandelt wird; auch das Strafmass für die Verbreitung der **verbotenen** Schriften findet man ganz in der Ordnung, folglich hat man nichts darüber zu sagen. Nur Eines suchen die Herren Sozialdemokraten an dem Prozess auszubeuten; nämlich, dass der Angeklagte Brielmeyer sich der Polizei als politischer Vigilant angeboten haben soll. Sie glauben damit dem Anarchismus wieder einen Schlag versetzen zu können, ohne sich natürlich an den letzten grossen Sozialistenprozess zu erinnern, wo es sich herausstellte, dass ein ganzes Stück „Sozialdemokratie“ mit der Polizei fast verschlungen war.

Brielmeyer soll vor Gericht erklärt haben, keiner politischen Partei anzugehören. Ob dieses wahr ist, und ob er sich wirklich der Polizei angeboten, wissen wir nicht. Jedoch wird es immer Personen geben, die für „gutes Geld“ der Polizei Dienste leisten; unsere Propaganda einstellen werden wir desshalb nicht. Die Genossen, welche thätig sein wollen, müssen so viel wie möglich vorsichtig sein und die Leute, mit denen sie zu thun haben, prüfen. Bei aller Vorsicht riskirt man aber noch immer, der Polizei, der ja anarchistische Schriften, verboten oder nicht verboten, immer ein gefundenes Fressen sind, in die Hände zu fallen. Wer nun überhaupt kein Risiko zu übernehmen geneigt ist, dem können wir nur rathen, wegzubleiben.

Uebrigens sind wir von der Wahrheit dessen, was Brielmeyer ausgesagt haben soll, gar nicht so fest überzeugt. Es mag vielleicht die physische und moralische Folter ihm Manches erpresst haben. Umsonst dauerte die Voruntersuchung nicht volle 6 Monate und umsonst schrieb Brielmeyer nicht aus dem Untersuchungsgefängnis an seine Geliebte: „Ich wünsche, ich schlief ein, um nie wieder zu erwachen.“ Nur Genossen, welche schon eine ähnliche Untersuchung durchgemacht haben, können ahnen, wie einem jungen 20jährigen Menschen oft Worte erpresst werden, an die er vorer nie gedacht und die er ausspricht, nur um der Sache ein Ende zu machen.

Von glaubwürdigen Personen wurde uns mitgetheilt, dass der Hergang so war, wie er in der Notiz, welche wir kürzlich aus der „Berliner Volkstribüne“ abdrucken, beschrieben war. Nämlich, dass der Wirth, bei welchem die Geliebte Brielmeyers in Dienst stand und welcher derselben unschickliche Anträge stellte auf die Drohungen Brielmeyers hin, nachdem dieser von seiner Geliebten Alles erfahren, den Denunzianten spielte.

Wie dem aber immer sei: Ob die Aussagen Brielmeyers vor Gericht wahr sind oder nicht, die Sozialdemokraten dürfen vor ihrer eigenen Thüre kehren; sie haben jedenfalls einen grösseren Haufen Schmutz wegzufegen wie wir, was sich in Zukunft noch zeigen wird.

Correspondenz.

Berlin, 17. September 1891.

„Wie ich, der ich zur Opposition gehöre, aus eigener Wahrnehmung kennen lernte, bezieht Bebel als Kassirer jetzt ein monatliches Gehalt von 450 Mark, gleich 5400 Mark jährlich, ausserdem 8000 Mark für seine Mitarbeiterschaft an dem „Vorwärts“. Ist das nicht erbärmlich und ein Missfallen gegen die Parteileitung nicht mehr als natürlich? Daneben bedient dieser „Arbeiterfreund“ sich der Spitzel, deren es ja leider auch in unseren Reihen hin und wieder einen giebt, für schändes Geld, welches ihm ja genügend zu Gebote steht. Hinter Allem steckt natürlich der Erzscharke

und Grosskapitalist Singer, dessen unbeschränkte Macht leider noch immer nicht genügend erkannt wird; aber es fängt doch bereits an, zu dümmern.

Diese Leute (auch der alte Vater Liebknecht nicht ausgenommen) bedienen sich der Spitzel in ausgedehnter Weise und bedenken nicht, wie sie selber dieses verabscheuungswürdige System seinerzeit vor dem Reichstage verurtheilten. Kann man sich denn wundern, wenn sich die Polizei solcher Elemente bedient? Nun, nur immer so weiter und die Opposition wird, anstatt wie der harmlos naive Auer sich auszudrücken beliebte, „in einigen Droschken sie nach Hause zu schicken“, in unabsehbarer Menge mit Eisenbahnzügen ankommen und endlich der Parteileitung den Garaus machen.“ S.

Anm. d. Red. Möge dann aber die Opposition nicht in den alten Fehler verfallen und eine neue Parteileitung schaffen. Der Centralismus hat aus Bebel, Liebknecht und Konsorten das gemacht, was sie sind und neue Führer werden in einer zentralistischen Organisation demselben Schicksale verfallen. Nur durch freie Gruppierung und selbständiges Handeln der einzelnen Mitglieder wird diesem vorgebeugt.

* * *

Altona, 4. Oktober 1891.

Werthe Genossen!

Am 1. d. Mts. fand im englischen Tivoli in Hamburg eine Versammlung für den dritten Wahlkreis statt. Es kamen da recht eigenartige Dinge zum Vorschein, welche einerseits die Willkür der Polizeipaschas zeigen, andererseits wie mit Arbeitergrochen umgegangen wird. Es soll nämlich in Winterhude eine Sauferei aus öffentlichen Mitteln, unter persönlicher Leitung der Abgeordneten Frohne und Förster, wozu sämtliche Verbands- und Krankenkassen-Vorstände eingeladen waren, stattgefunden haben. Natürlich suchten Förster und Konsorten die Sache zu beschönigen, indem sie erklärten, dass das Personal des „Hamburger Echo“ auch dabei gewesen sei. Einer dieser Herren habe erklärt: er habe das Fest arrangieren helfen, um sich mal auf Geschäftskosten einen „Affen“ zu kaufen. Die Kosten der Kneiperei sollen sich angeblich auf 2000 M. belaufen. Als die Genossen sich nicht beruhigen wollten, spielte man die beleidigte Unschuld, indem man erklärte, wenn man mit der Geschäftsleitung nicht zufrieden sei, die eventuell zurücktreten würde. Schliesslich wurde eine Resolution angenommen, wonach die Versammlung das Fest missbilligt, indem das Geld hierfür besser hätte verwendet werden können. Stolten, Redakteur des „Hamburger Echo“ bemerkte noch: Es scheine ihm, als wehe hier „Berliner Luft“. Da wird er wohl nicht so ganz Unrecht haben, denn die Hamburger Arbeiter werden wohl in nicht zu ferner Zeit einsehen, dass sie von diesen politischen Gauklern wenig oder garnichts zu erhoffen haben. Wie es mit der Gleichheit und Brüderlichkeit bestellt ist, wovon das „Hamburger Echo“ jeden Tag schreibt, hiervon noch einen Beweis. Bei Uebnahme der Dietz'schen Druckerei durch Auer und Co. wurde den beiden ersten Beamten eine Gehaltszulage von je 1000 M. bewilligt, während die untergeordneten Arbeiter sich mit 52 M. Zulage begnügen mussten. Dazu kommt noch, dass den ersten Beamten und Redaktoren eine Badereise von 3 Wochen bewilligt wurde, während die Arbeiter das Nachsehen hatten. Und wahrlich diese hätten es doch eber nöthig. So sollen z. B. die Buchbinder in der Druckerei einen ganz erbärmlichen Lohn bekommen und wer damit nicht zufrieden ist, wird einfach rausgeschmissen. Wie ein Herr Boja behauptete, könne eine Volksversammlung die Gehälter der Parteibeamten nicht regulieren. Ja, ja, das glauben wir ihnen auf's Wort, diese Art Geschäfte machen sie lieber unter sich selbst ab; die Hauptsache ist nur, dass die Arbeiter das Geld dazu hergeben. Hoffentlich werden die Arbeiter bald einsehen, dass sie von diesen politischen Gaukeln, welche nur eine Machtstellung erstreben, nichts zu erwarten haben. Mit Brudergruss W. B.

Die soziale Bewegung in Australien.

Hier wie anderwärts scheint das Proletariat sich nach und nach aus der Lethargie anzurütteln, in der es schon so lange Zeit liegt. Freilich wird der Fortschritt mehr als genug gehindert von Leuten, welche sich die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse zu Nutze machen, um ihre eigene Selbstsucht zu befriedigen; besonders ist dies der Fall mit den sogenannten Staatssozialisten, welchen kein Mittel zu gemein zu sein scheint, um Hindernisse, die in ihrem Wege stehen, zu beseitigen. So hat nämlich die Australian Socialist League, welche vor einigen Monaten noch eine revolutionäre Organisation war, folgende Beschlüsse gefasst:

1. Dass alle anerkannten Anarchisten ersucht sind, sich aus dieser Liga zurückzuziehen.
2. Dass revolutionäre Reden in allen Versammlungen der Socialist League verboten sind.
3. Dass diese Organisation keinen weiteren Antheil an der Agitation für Arbeitslose nimmt.
4. Dass alle Mitglieder, welche einen kriminellen Rekord haben, nicht in öffentlichen Versammlungen der League sprechen dürfen.

Was den ersten Beschluss anbelangt, so war zur Zeit, da derselbe gefasst wurde, ich der einzige anerkannte Anarchist und Mitglied der Socialist League, welcher ich mich ungefähr zwei Jahre vorher auf Ansuchen des Sekretärs und anderer Mitglieder angeschlossen hatte. Ich erwarb mir jedoch die Feindschaft etlicher hervorragender Windbeutel, welche sich seit der Adoption einer politischen Plattform angeschlossen hatten, durch die unabhängige Stellung, welche ich annahm, als ich sah, dass die League nach und nach immer mehr auf den Hund kam.

In erster Linie meiner Opponenten standen J. D. Fitzgerald und S. A. Rosa, ersterer war zur Zeit des grossen Streiks im vorigen Jahre Delegirter zu England, und hatte die Frechheit zu einer Massenversammlung Arbeitsloser, welche von der Socialist League auf Sonntag, den 10. Mai anberaumt gewesen war, zu sagen, dass Anarchisten kein Recht hätten auf der Plattform der Sozialisten zu sprechen.

Jene Versammlung wurde nämlich von zwei Anarchisten, nämlich J. A. Andrews und mir selbst eröffnet, weil die Sozialisten zu feige waren es selbst

zu thun. Die hiesigen Blätter hatten nämlich Artikel gebracht, welche zu verstehen gaben, dass die Regierung im Sinne habe, die Agitation für die Arbeitslosen zu unterdrücken und zu diesem Zwecke alle Rädelsführer arre- tieren wolle. Deshalb als die Zeit zur Eröffnung der Versammlung schon etwa eine Viertelstunde vorüber war und auf wiederholte Erkundigung nach den Rednern der Socialist League dieselben keine Lust zeigten, ihre Sicher- heit zu riskiren, so machten wir Anarchisten den Anfang, weil wir dachten, dass es eine Schande wäre, die Versammlung, welche auf ungefähr 5000 Personen berechnet wurde, unverrichteter Dinge wieder nach Hause gehen zu lassen. Als nun die Sozialisten sahen, dass keine Gefahr vorhanden war, kamen sie zum Vorschein, um natürlich die Anarchisten zu disavouiren und als völlig der saubere Zeisig J. D. Fitzgerald die Leute aufforderte Gesetz und Ordnung (Law and Order) zu respektiren, dachte ich, es wäre Zeit, die rothe Fahne, welche ich bis dahin hochgehalten hatte, zu senken, während er die Plattform mit seiner Gegenwart beschmutzte.

S. A. Rosa ist der jetzige Sekretär der League und soll zur Zeit des 11. November 1887, überhaupt durch die ganze Zeit der Verhandlungen dort- selbst, in Chicago gewesen sein. Er wird hier von vielen Leuten als Ver- räther und Spion angesehen.

Hänge die Veränderung des gegenwärtigen Zustandes, zu einem, unter welchem unser Motto: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verwirklicht wäre, von solchen Gesellen ab, so wäre die Aussicht für die Zukunft eine trostlose und wäre es am besten, dass die Erde und alles darauf zu Grunde ginge.

Aus Erfahrung jedoch an jener Sonntag Nacht und auch anderwärts bin ich überzeugt, dass das Proletariat selbst durchschnittlich mehr revolutionär gesinnt ist, als die Herren, welche sich zu Führern desselben machen.

Was unsere eigene Agitation für kommunistischen Anarchismus betrifft, so bin ich erst seit einigen Monaten zu der Ueberzeugung gekommen, dass der Anarchismus das einzige Ziel ist, für welches zu streben, es der Mühe werth ist. Auch habe ich zum Glück einen echten Anarchisten (J. A. Andrew) getroffen, welcher mit grossem Eifer für unsere Ziele arbeitet und hofft, bis zum 11. November eine anarchistische Zeitung herauszubringen. Wir waren auch im Stande zirka 3000 Flugblätter zu verbreiten, von welchen ich hiermit einige Exemplare einschliesse.

J. S.

Wie es scheint, hat irgend Jemand dem österr. Troddel eine Himmel- fahrt bereiten wollen. Unter einer Brücke bei Rosenthal in der Nähe von Reichenberg (Böhmen), worüber der Gottesgnädling zu fahren hatte, explo- dirten zwei Bomben, jedoch lange bevor der Troddel angefahren kam. 10,000 Gulden sind demjenigen versprochen, der den Thäter angibt. Wird sich ein solcher Schurke finden?

Um seinem Missmuth über den Brüsseler Kongress Ausdruck zu geben, sendet uns ein alter Genosse folgenden im Jahre 1848 gedichteten und auf die verlotterten Sozialisten-Führer passenden Vers ein:

Lass, Herr, den Vesuv mich werden,
Um gegen des Himmels Dom
Aus feurigem Rachen zu schleudern
Der glühenden Sprache Strom!
Wie wollt' ich die Schläfer rütteln
Aus bleiernem Schlummer, nicht
Die hartverstopften Ohren
Aufdonnern zum jüngsten Gericht.

Ich wünsche den Lumpen Europens
Zwei lumpige Tage Verstand,
Zu begreifen, welch' ochsige Kräfte
Verlottern in ihrer Hand!
Und so sie das nicht kapiren,
So wünsch ich offen und rund,
Dass die Lumpen noch möglichst tiefer
Versimplen auf den Grund.

Briefkasten.

Ch. D. Die betr. Brosch. wird, auf Entschluss des Verfassers, jetzt wo anders herausgegeben werden. Wann? ist ungewiss. — G. Ein Brief an Sie ist abgegangen. Sie sollten immer einen oder zwei Tage früher sein. — H. (Paris). Wer ist der Absender des Postmandates und auf wen lautet es? — Wir ersuchen alle Money Orders an uns zahlbar zu machen: Post Office, No. 9 Oxford Street, W.

Auf Wunsch quittiren wir: Verspätet, H. (Paris) 39 fr. für Broschüren- fonds. — Unabhängiger anarchistischer Arb.-Verein Elizabeth £6.3.2 (30 Dollars) für verkaufte „Aut.“ bis No. 150. — M. Weber zur Unterstützung der deutschen Agitation 3 Doll. — Rad. Arb.-Bund N. Y. 7 Doll., zu Gunsten der Agitation in Deutschland 50 Doll., für engl. Brosch. 2 Doll. — Paulsen 9s.6d. — Keppel 10s. — Allg. Arb.-Ver. in Z. 2 Fr. — W. B. in A. 2 M.

Athenæum Hall,

72, TOTTENHAM COURT ROAD, W.

Montag den 12. Oktober, KONZERT und BALL zu Gunsten der inter- nationalen Schule. — Anfang 8 Uhr 30. — Tickets 1 Schilling.

Agitationsgruppe „Vorwärts“,

38, Charles Square, Brunswick Place, Hoxton, N.

Samstag den 17. Oktober, Abends punkt 8½ Uhr: Grosse Theater- Vorstellung und Ball zu Gunsten der Internationalen Schule. Es gelangt zur Aufführung: „Arm und Reich“, Lebensbild in 1 Akt. Nachher: „Blaue Augen“, Gesangsposse in 1 Akt. Programm 6d.

Printed and published by R. GUNDERSEN, 98, Wardour Street, Soho Square, London, W.